

Antrag Nr. 14-F-03-0128

Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Umweltfreundliches Mobilitätskonzept für den Konzern Stadt
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.12.2014 -

Antragstext:

Zum Klimaschutz in der Stadt Wiesbaden gehört zwingend eine klimafreundliche Mobilität. Hierzu wiederum gehören umfassende Fuß- und Radwegekonzepte und ein leistungsfähiger attraktiver ÖPNV, aber auch betriebliche Mobilitätskonzepte inklusive eines modernen Fuhrparkmanagements.

Die Stadt Wiesbaden, einschließlich der dazugehörigen Gesellschaften, hat hierbei aufgrund ihrer politischen Bedeutung, aber auch wegen der reinen Größe eine Vorbildfunktion. Dies wurde auch beim 2. Bürgerworkshop Mobilität im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts der Stadt Wiesbaden am 18.11.2014 so festgestellt.

Bereits heute trägt sie dem zum Teil dadurch Rechnung, dass städtische Beschäftigte ein Job-Ticket erhalten und Diensträder zur Verfügung stehen. Es gibt allerdings noch viele weitere Möglichkeiten wie der Konzern Stadt dafür Sorge tragen kann, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich klimafreundlicher fortbewegen und das Verkehrsaufkommen insgesamt reduziert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein umfassendes Konzept zur umweltfreundlichen Mobilität für den Konzern Stadt (Stadtverwaltung, Eigenbetriebe, Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung) zu erarbeiten. Dieses Konzept sollte u.a. folgende Bausteine enthalten:

1. Analyse der Ist-Situation / Erhebung von Daten, z.B.:

- Anzahl der Beschäftigten (Stadtverwaltung, Eigenbetriebe, Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung in Vollzeit / Teilzeit / Homeoffice)
- Quell- / Zielanalyse (Wohnorte der Beschäftigten)
- Verkehrsmittelwahl (Wie kommen die Arbeitnehmer/innen zur Arbeit)
- Inanspruchnahme und Bereitstellung des Jobtickets (Wie wird das Jobticket angenommen, in welchen Gesellschaften mit städtischer Beteiligung wird ein Jobticket angeboten)
- Komplette Bestandsaufnahme der Dienstwagen- und Nutzfahrzeugflotte, Gesamtkostenerhebung inkl. Spritkosten, Auslastung, Nutzungshäufigkeit, Kilometergelderstattungen privater PKW für Dienstreisen, Feststellung des tatsächlichen Mobilitätsbedarfs und Berechnung des jährlichen CO₂-Ausstoßes

2. Motivation für Beschäftigte, auf den Umweltverbund umzusteigen, z.B.:

a. Förderung des Radfahrens:

- Verbesserung der Abstellmöglichkeiten (Überdachung, ausreichend Plätze, „Käfig“)
- Duschen und Umziehräume für radfahrende Arbeitnehmer/innen
- Aufrüsten der Dienstradflotte, z.B. mit E-Bikes und robusten, bequemen, leichtgängigen und bergtauglichen (z.B. stufenlose Gangschaltung) Rädern
- Gewährleistung der permanenten Betriebsbereitschaft durch beständige Wartung der Räder
- Beteiligung an „Jobrad“ (Leasingsystem), sobald mit TvÖD vereinbar
- Sicherstellen der Verfügbarkeit der Diensträder an den wichtigsten Orten (Rathaus, G.-Stresemann-Ring, ...)

Antrag Nr. 14-F-03-0128

Bündnis 90/Die Grünen

- Vorbild: Führungskräfte fahren Rad
- Anreize für Radfahrer/innen, z.B. Fahrradkarte (Gewinnspiel für Radfahrer/innen, vgl. Fa. Kärcher)
- Beteiligungen an Aktionen in Zusammenarbeit mit ADFC, Klimabündnis und Krankenkassen, z.B. „Mit dem Rad zur Arbeit“, „Stadtradeln“ etc.
- Service, z.B. Radzubehör, Luftpumpe, etc.

b. Förderung von umweltfreundlicherem MIV (motorisierter Individualverkehr)

Für Bedienstete, die keine Möglichkeit haben auf den ÖPNV oder das Rad umzusteigen:

- Mobilitätsbörse für die Beschäftigten
- Wo möglich bevorzugte Parkmöglichkeiten für Fahrgemeinschaften und E-Autos
- Förderung der E-Mobilität durch Ladestationen (z.B. an Straßenmasten) in Zusammenarbeit mit dem Bestandsprogramm bei ESWE Versorgung
- Durchführung von Kursen zum Spritsparen und defensiverem Fahren

c. Job-Ticket für alle städtischen Gesellschaften, sofern noch nicht gegeben

3. Umweltfreundliche Ausrichtung der dienstlich bedingten Mobilität, z.B.:

- Implementierung eines Fuhrparkmanagements mit folgenden Aufgaben:
 - Aufbau eines Fahrzeug- und Fahrradpools zur Optimierung der Auslastung
 - Implementierung von Car-Sharing
- Prüfen von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen großem Arbeitgebern, bzw. Nutzungsgruppen
- Beschaffung von umweltfreundlichen, emissionsarmen Dienst- und Nutzfahrzeugen, hierbei ist wegen der Öffentlichkeitswirkung besonderes Augenmerk auf die Auswahl der Fahrzeuge von Dezernent/innen und Geschäftsführer/innen zu legen (gutes Beispiel Opel Ampera von Stadträtin Möricke mit CO₂-Ausstoß von 33 g/km gegenüber Audi A6 Avant 3.0 TDI von Stadtrat Dr. Franz mit CO₂-Ausstoß von 156 g/km)
- Reiserichtlinien (Bevorzugung des jeweils umweltfreundlicheren Verkehrsmittels)

Wiesbaden, 10.12.2014

Claus-Peter Große
Verkehrspolitischer Sprecher

Carola Pahl
Fraktionsreferentin